

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

16.12.1931 (No. 293)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Str. 14
Bismarck-
Nr. 963
und 964
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9516

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. H. M. v. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder stel. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — In Fälle von höherer Gewalt, Streik, Sperr, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Durchführung der Mietförmung

Beseitigung von Rechtsunsicherheiten

W.B. Berlin, 16. Dez. (Tel.) Gestern ist von der Reichsregierung eine Verordnung zur Durchführung des Kapitels „Mietförmung“ der letzten Novellierung vorgezogen worden, um mit größter Beschleunigung eine rechtliche Grundlage für eine möglichst reibungslose Durchführung der Mietförmung zu schaffen. Diese Durchführungsverordnung beschränkt sich zunächst darauf, diejenigen Fälle zu regeln, die in der Praxis die überwiegende Rolle spielen und deren einheitliche Regelung für das ganze Reich unbedingt erforderlich erschien. Im übrigen ist den Länderregierungen in weitem Umfang das Recht eingeräumt worden, von sich aus die weiterhin erforderlichen Durchführungs- und Ergänzungsverordnungen zu erlassen und für bestimmte Fälle Ausnahmen von der allgemeinen Mietförmung zuzulassen.

Die Durchführungsverordnung legt allen Vermietern die Pflicht auf, den Mietern unverzüglich den Mietzins mitzuteilen, der für die mit dem 1. Januar beginnende Mietzeit zu zahlen ist. Das gilt für alle Mietverhältnisse über Wohnungen und Geschäftsräume in Alt- und Neubauten.

In Altbauten beträgt die Mietförmung bekanntlich bei Geschäftsräumen und Wohnungen, ohne Rücksicht darauf, ob gesetzlich oder vereinbarte Miete gezahlt wird, 10 Prozent der Friedensmiete. Mietverhältnissen, die der Vermieter im Laufe des Jahres 1931 zugestanden hat, dürfen auf die gesetzlich vorgeschriebene Mietförmung angerechnet werden. Eventuell entscheidet das Mietminderungsamt oder eine andere von den Ländern hierfür bestimmte Stelle.

Bei Neubauten, d. h. solchen Bauten, die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, ist nach den Vorschriften der Novellierung die Mietförmung individuell vorzunehmen, indem der Betrag, um den der Vermieter durch die Zinsherabsetzung entlastet wird, bei der Miete in Bezug gebracht wird. Bei mehreren Wohnungen desselben Grundstückes ist der erparne Betrag auf die einzelnen Mieter anteilig nach der Höhe des Mietzins zu verteilen. Wo die Feststellung der neuen Miete mit Schwierigkeiten verbunden ist, z. B. in den Fällen, in denen die Hypothek aus ausländischem Kapital gegeben wurde, muß der Vermieter den Mietern eine vorläufige Mitteilung über die im Januar 1932 zu zahlende Miete zukommen lassen. Den darin angegebenen Betrag müssen die Mieter vorbehaltlich endgültiger Mietfestsetzung zahlen. Spätestens 25. Januar 1932 muß auch bei Neubauten der Vermieter den endgültigen Mietzins mitteilen. Die Länder haben Stellen zu bestimmen, die im Streitfall über die Mietminderungen bei Neubauten zu entscheiden haben.

Eine besondere Vorschrift ist für die Gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen getroffen worden. Diesen Unternehmen, die vielfach einen sehr großen Wohnungsbestand aus verschiedenen Bauetappen verwalten, ist die Verpflichtung auferlegt worden, unbeschadet des Grundzuges einer möglichst allgemeinen Mietförmung eine weitgehende Angleichung der Mieten vergleichbarer Wohnungen vorzunehmen. Die Begründung hierfür liegt in dem gemeinschaftlichen Gedanken, mit dem eine Bevorgung einzelner Wohngruppen, z. B. derjenigen, die in Infektionswohnungen wohnen, auf die Dauer unvereinbar ist.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Frankreich für Zusammenarbeit der Industrien

Im Gebäude des Reichswirtschaftsrates in Berlin trat am Dienstag zum erstenmal die Unterkommission I der deutsch-französischen Wirtschaftskommission zur Wahl der Berichterstatter und zur Generalsprache zusammen, bei der die beiderseitigen Auffassungen dargelegt und der Wille zum Ausdruck gebracht wurde, gemeinsam nach Mitteln zur Beseitigung der vorhandenen Schwierigkeiten zu suchen.

Der französische Wirtschaftsführer und Vertreter des französischen Kohlenyndikats, de Benerimhoff, erklärte einem Mitarbeiter des „Börsekuriers“, es sei die Pflicht aller verantwortlichen Männer, gemeinsam den Weg aus der gegenwärtigen Unordnung zu finden. Man müsse Mittel finden, die geeignet seien, die europäische Wirtschaft auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens in Zukunft wieder herzustellen, ohne die nationalen Wirtschaften zu gefährden. Wir sind keine Zauberkünstler und sind nicht in der Lage, auf einen Schlag dem so stark erschütterten Europa wieder zur Gesundheit zu verhelfen. Worauf es ankommt ist, das uns Gemeinsame auch gemeinsam sichtbar zu machen. Im Verlaufe des Gesprächs wies er darauf hin, daß sämtliche Industriezweige sich organisieren müssen, statt sich gegenseitig zu bekämpfen und einen Kampf durchzuführen, der sie zerstört. Sämtliche Versuche einer wirtschaftlichen Verständigung müßten naturgemäß allen übrigen Staaten Europas offen bleiben.

Eine Neujahrsbotschaft des Reichspräsidenten. Reichspräsident von Hindenburg wird zum Jahreswechsel eine Rundfunkansprache an das deutsche Volk richten. Der genaue Zeitpunkt wird noch festgelegt werden.

Der Reichspräsident an den württembergischen Staatspräsidenten. Reichspräsident v. Hindenburg hat dem württembergischen Staatspräsidenten Dr. h. c. Holz zu dessen 50. Geburtstag telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt.

Letzte Nachrichten

Einberufung des Reichstages abgelehnt

Keine Mehrheit im Ältestenrat

W.B. Berlin, 16. Dez. (Priv.-Tel.) Der Ältestenrat des Reichstages hat heute die Anträge auf vorzeitige Einberufung des Reichstages von neuem abgelehnt.

Für die Anträge setzten sich nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Deutsche Volkspartei ein, also keine Mehrheit des Reichstages. Außer dem Landvolk waren in der Ältestenratsitzung alle Fraktionen vertreten. Die Landvolkpartei hatte in einem Brief ihre ablehnende Haltung schriftlich begründet. Sie erwartet durch Verhandlungen weitere Verbesserungen für die Veredelungswirtschaft, könne sich aber eine solche durch Einberufung des Reichstages nicht verschaffen.

Da mit neuen Anträgen auf Einberufung des Reichstages noch vor dem 23. Februar zu rechnen ist, wurde als Termin für den Wiederzusammentritt des Ältestenrates zur Entscheidung über solche Anträge der 11. oder 12. Januar in Aussicht genommen. Staatssekretär Dr. Brüder hatte zu Beginn der Sitzung im Namen der Reichsregierung erklärt, daß die schon mehrfach dargelegten Gründe gegen die Einberufung des Reichstages weiter bestehen und verstärkt seien durch die gegenwärtigen außenpolitischen Verhandlungen.

Die Preisüberwachung

Eine Verordnung des Reichskommissars

Der Reichskommissar für Preisüberwachung wird nach Abschluß der in diesen Tagen durchgeführten Verhandlungen mit Vertretern der Bäcker-, Fleischer- und Friseurverbände in Kürze eine Verordnung über Preisüberwachung erlassen. Die Verhandlungen, die mit dem Fleischer- und Friseurgewerbe über die Preisfestsetzung stattgefunden haben, stehen ebenfalls vor dem Abschluß.

Ferner hat der Reichskommissar mit den deutschen Straßen- und Kleinbahnverwaltungen verhandelt und das Verfahren festgelegt, nach dem auf Grund der Bestimmungen der Novellierung Tarifermäßigungen mit möglichst Beschleunigung in Kraft gesetzt werden können.

Finanzkampf zwischen England und Frankreich

W.B. New York, 15. Dez. (Tel.) „Wallstreet Journal“ schreibt: In amerikanischen Finanzkreisen wird vielfach geglaubt, daß gegenwärtig eine schwere Schlacht zwischen der Bank von England und der Bank von Frankreich im Gange ist. Man ist der Meinung, daß die Bank von England planmäßig Sterling verkauft, um Dollarquartalen für die Regelung des am 31. Januar fällig werdenden 75-Millionen-Dollar-Kredits der Bundesreservebank zu bilden, und um durch Niedrighalten des Sterlingkurses den britischen Ausfuhrhandel zu fördern. Zur gleichen Zeit nimmt die Bank von Frankreich Sterlingsankäufe vor, um den Kurs des Pfundes in die Höhe zu treiben und dadurch die Verluste zu vermindern, die die in London eingekaufenen französischen Kredite durch die Entwertung des Pfundes erlitten haben.

Zum Rücktritt Tschiangkai-scheks

Der neue chinesische Präsident

Tschiangkai-schek hat nicht nur auf alle ministeriellen Befugnisse, sondern auch auf den Posten als Generalkommissar verzichtet. Gerüchteleise verlautet, daß er seinen künftigen Wohnsitz in Rom nehmen wolle. Nachdem das Zentralrechtlichkomitee und das Zentral-Kontrollkomitee der Kuomintang die Demission Tschiangkai-scheks angenommen haben, wird der Präsident des Gesetzgebenden Rates, Finsen, einstweiliger Präsident der Chinesischen Republik.

Nach einer Meldung aus Schanghai sind der chinesische Finanzminister, Soong, und der Außenminister Wellington, Koo, zurückgetreten.

Die Schweiz bleibt beim Goldstandard

Im schweizerischen Nationalrat führte Bundesrat Muff u. a. aus: Erst jetzt beginnt die Schweiz ernstlich unter der Krise zu leiden, die sich noch verschärfen und lange dauern kann. Eine Handelsbilanz mit einem Fehlbetrag von 900 Millionen Franken, eine notleidende Hotellerie, eine stark unterbundene Ausfuhrindustrie und gefährdete Guthaben im Ausland, das ist die Bilanz unserer gegenwärtigen Lage. Eine gesunde Währung allein wird der Weltwirtschaft wieder zur Gesundheit verhelfen. Für die Schweiz gibt es keine andere Währungspolitik, als die Haltung des Schweizer Franken auf der Goldparität. Wir werden der Goldwährung treu bleiben. Das Heilmittel für die Wirtschaftslage liegt nicht in der Inflation, sondern in der Deflation. Einer Herabsetzung aller Werte wird eine zunehmende Reduktion der Lebenshaltungskosten folgen und schließlich wird auch die Arbeitslosigkeit eine entsprechende Herabsetzung erfahren.

Die Regierungsbildung in Spanien. Azana wurde der Auftrag erteilt, eine Regierung aus Republikanern und Sozialisten, ohne die Radikalen, zu bilden.

Die amerikanischen Präsidentenwahlen. Der republikanische Parteiausführer hat eine nationale Konvention der Partei zum 14. Juni nach Chicago zwecks Erneuerung der Kandidaten für die Präsidentschaft einberufen.

Um das Hoover-Moratorium

Der amerikanische Kongreß und die Kriegsschuldenstreichung

W.B. Washington, 16. Dez. (Tel.) Die gestern fälligen Ratien der alliierten Schulden an Amerika im Gesamtbetrag von 31 Millionen Dollars Schuldbeträge und 92 Millionen Dollars Zinsen sind nicht gezahlt worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten betrachtet jedoch die Schuldner als nicht im Verzug befindlich.

Im Kongreß bildete das jedoch den Anlaß zu einer regelrechten Reibschlacht, wo Abg. Mac Fadden, der gegen die Ratifizierung des Hoover-Moratoriums agitiert, sich in maßloser Weise gegen Hoover und die „produktiven Bankiers in New York“ ausließ. Präsident Hoover habe seinen Amtseid verlehrt, als er mit fremden Regierungen ein Moratorium beschloß. Die Schuldnerabkommen mit den Alliierten seien keine internationalen Verträge, soweit Amerika in Frage komme, sondern Finanzgesetze Amerikas, und die könne Hoover nicht antaufen. Wenn nicht die deutschen internationalen Bankiers in New York, nämlich Kuhn, Loeb & Co., Seligmann und Paul Warburg schon lange die Streichung der alliierten Schulden im deutschen Interesse geplant hätten, so wäre Hoover nie zum Präsidenten gewählt worden.

Mac Faddens Fraktionskollege Chipfield wies diese unerhörten Beschuldigungen zurück und ließ die Bemerkung fallen, Mac Fadden sollte der Nachwelt als abschreckendes Beispiel vorgehalten werden, wie tief ein Abgeordneter sinken könne. Im Finanzausschuß des Unterhauses, der zur Zeit den Moratoriumsgesetzentwurf berät, erklärte Unterhausamtssekretär Mills, es wäre eine Schande, wenn man das Moratorium ablehnte, da im Juni 276 Parlamentarier, darunter mehr als zwei Drittel Senatoren, dem Präsidenten Hoover auf dessen Anfrage ihre Zustimmung zu seinen Plänen erklärt hätten.

Heute wird Staatssekretär Stimson im Ausschuß gehört werden, und morgen wird die Vorlage an das Plenum gehen. Nach Ansicht der Fraktionsführer ist das Moratorium deswegen in eine so feindselige Atmosphäre geraten, weil es in der Sonderbotschaft des Präsidenten mit der Frage einer weiteren Reduzierung oder Verzögerung der alliierten Zahlungen verknüpft worden sei.

Von anderer Seite wird erklärt, die Majorität des Kongresses und der öffentlichen Meinung habe volle Sympathie für Deutschland, deshalb sehe man nicht ein, warum man auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler den Alliierten helfen solle, die so gewaltige Summen für Rüstungen ausgaben. Die „Washington Post“ veröffentlicht hierüber eine Zusammenfassung des Kriegsausschusses. Danach hätten 1930 für Rüstungen ausgegeben: Großbritannien 608, Frankreich 547, Italien 322, Polen 123, Rumänien 67, Jugoslawien 47, Tschechoslowakei 41, Belgien 23 Millionen Dollars. Dieser Summe von 1779 Millionen Dollars ständen die diesjährigen Schuldbeträge dieser Staaten an Amerika mit insgesamt nur 243 Millionen Dollars gegenüber. Man gäbe 1779 Millionen Dollars für Kriegsrüstung aus und wolle 243 Millionen Schulden nicht bezahlen, und Frankreich, das 22 Proz. seines Gesamtbudgets für Kriegsrüstung ausbe, bringe sich mit sich selbst in Widerspruch, wenn es seinen Premierminister nach Washington sende in der Absicht, die Kosten des europäischen Krieges den amerikanischen Steuerzahlern aufzuhalsen.

Im Senat wartet man die Erledigung des Moratoriums durch das Unterhaus ab, bevor man die Beratung im Ausschuß beginnt, da Finanzgesetze stets zunächst durch das Unterhaus gehen müssen. Trotzdem wurde auch im Senat gestern von Reed und anderen eine Streichung der alliierten Schulden schroff abgelehnt.

W.B. New York, 16. Dez. (Tel.) Die heutigen Morgenblätter betonen vor allem, mit welcher Schärfe die gestrige Kongreßdebatte über das Moratorium geführt wurde. Hervorgehoben wird außerdem noch die Tatsache, daß auch noch der New-Yorker Demokrat, O'Connor, den Präsidenten gegen die Angriffe Mac Faddes in Schutz nahm. Der republikanische Senator Reed erklärte, Frankreich sei heute in viel höherem Maße fähig, Zahlungen zu leisten, als Amerika Streichungen vornehmen könne. Amerika sollte nicht an eine Revision dieser Schulden denken. „Times“ berichtet, der demokratische Führer beider Häuser habe erklärt, daß die Haltung gegenüber der Moratoriumsfrage eine Angelegenheit sei, die jedes Parteimitglied im Kongreß für sich zu entscheiden habe.

Die Baseler Beratungen

Der Beratende Sonderausschuß der WZ in Basel hat sich am Dienstag nach Entgegennahme eines Berichtes über die Lage der Deutschen Reichsbahn bis auf weiteres vertagt. Es wurde ein Unterkomitee für die Reichsbahnfragen und ein zweites Unterkomitee für die Fragen des Reichsetats gebildet. Der Dienstagnachmittag war mit den Beratungen der Unterausschüsse, die einige Sonderfragen über den deutschen Reichsbahnhaushalt und die finanzielle Lage der Reichsbahn zu prüfen haben, ausgefüllt. Ferner hat der vorbereitende Ausschuß, der die Vorfragen für die Ausarbeitung des Berichtes zu prüfen hat, seine Tätigkeit aufgenommen.

Die Arbeitslosigkeit in Amerika. Laut Mitteilung des amerikanischen Arbeiterbundes hat sich seit zwei Monaten die Zahl der Arbeitslosen nicht vermehrt. Sie ist indessen um 20 Proz. höher als der Normalstand der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich im kommenden Januar wahrscheinlich auf 7½ Millionen belaufen, nach anderen Schätzungen sogar auf 9 Millionen.

Aus den Ländern Sparmaßnahmen in Preußen

Aber die geplante preussische Notverordnung teilt der Sozialdemokratischen Presse mit, daß sie entsprechend der letzten Notverordnung der Reichsregierung eine Kürzung der Gehälter usw. vorsieht. Außerdem sind zahlreiche Maßnahmen zur Herabsetzung der Verwaltungsausgaben in Aussicht genommen. U. a. werden 40 Oberförster abgebaut. Geschlossen werden sämtliche Staatstheater, bis auf das Opernhaus und das Schauspielhaus in Berlin, sämtliche pädagogischen Akademien bis auf sechs. Außerdem werden 30 bis 40 kleine Amtsgerichte zusammengelegt. Die anfänglich geplante Herabsetzung der Altersgrenze der Beamten von 65 auf 62 Jahre ist fallen gelassen worden. Auch die gemeldete Aufteilung zahlreicher Landkreise hat das Kabinett nicht beschlossen. Zunächst soll der preussische Innenminister prüfen, welche Kreise ohne wirtschaftliche Gefahren aufgelöst und mit anderen Landkreisen verschmolzen werden können.

Das sächsische Volksbegehren erfolgreich

Das von kommunistischer Seite eingereichte und von den Deutschen Nationalen, Nationalsozialisten und einigen kleineren Gruppen unterstützte Volksbegehren auf Auflösung des Sächsischen Landtages ist erfolgreich gewesen. Die für den Erfolg des Volksbegehrens notwendige Zahl von 10 Prozent der Stimmberechtigten ist sogar wesentlich überschritten worden. Im ganzen dürften etwa 20 Proz. der Wahlberechtigten sich eingetragenen haben. Nur Leipzig hat die erforderliche Zahl nicht erreicht, während sich beispielsweise in Chemnitz und Blauen ungefähr 35 bzw. 30 Proz. eingetragen haben. In Dresden haben sich rund 15 Proz. der Stimmberechtigten eingetragen.

Nationalsozialistische Uniformen im braunschweigischen Landtag

Wie die „Braunschw. Landesztg.“ meldet, hat das braunschweigische Staatsministerium dem Reichsinnenminister auf dessen Anfrage wegen der Uniformdemonstration im Landtagsgebäude eine Antwort zugehen lassen. Es handelt sich bekanntlich darum, daß am Montag Nationalsozialisten in Parteilinien im Landtage erschienen waren. Der Reichsinnenminister hatte zu wissen gewünscht, ob die Nationalsozialisten sich im Landtage umgezogen oder die Uniform schon auf der Straße getragen haben. Der Zeitung zufolge hat das braunschweigische Staatsministerium in seiner Antwort erklärt, daß die vom Reichsminister des Innern angeführten Tatsachen zuträfen. Die Polizeigewalt im Landtag stehe jedoch dem Landtagspräsidenten zu. Das Polizeipräsidium habe in der Angelegenheit Ermittlungen eingeleitet.

Die Reichsanstalt hat Uberschüsse

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hatte im Oktober eigene Einnahmen in Höhe von 120,5 Millionen, die Ausgaben betragen 85,4 Millionen, davon 69,2 Millionen Arbeitslosenunterstützung und 4,2 Millionen Kurzarbeiterunterstützung. Der Überschuss im Monat Oktober betrug 35,1 Millionen. Obwohl die Monate April bis Juli ein Defizit von 42,7 Millionen brachten, ist von August an ein monatlicher Überschuss eingetreten, der nach Abzug des Defizits der ersten Monate 69 Millionen ausmacht.

Der seltsame Widerspruch, daß die Reichsanstalt Überschüsse hat, trotz der steigenden Zahl der Arbeitslosen, findet seine Erklärung in der Tatsache, daß der größere Teil der Arbeitslosen wegen der langen Dauer der Arbeitslosigkeit bereits in der Krisenfürsorge oder gar in der Wohlfahrtsfürsorge ist, die nicht der Reichsanstalt obliegt.

Von den Reichstagsfraktionen sprach das Zentrum am Dienstag dem Kanzler sein Vertrauen aus. — Der Christlich-Soziale Volksbund erklärte, kein Interesse an der Einberufung des Reichstags vor Weihnachten zu haben.

Ein Zwischenfall am Dr. Wirth. Der frühere Innenminister Dr. Wirth wurde in einem Lokal am Anhalter Bahnhof in Berlin von anscheinend rechtsradikal gestimmten Gästen beschimpft und belästigt. Die Polizei stellte die Namen der Schuldigen fest. Die Deutschen Nationalen haben über den Vorfall im Preussischen Landtag eine Anfrage eingebracht.

Tanzabend Edith Bielefeld

(Stadt, Konzerthaus Karlsruhe)

Deutlich wurden wieder trotz der phantastischen Farbigkeit der Kostüme, deren Eleganz allein zu drei Vierteln den großen äußeren Erfolg mitentscheidend machte, neben den Vorzügen auch die Grenzen der tänzerischen Gestaltungsweise dieser ehemaligen Ballettmeisterin unseres Landestheaters. Sie hat eine starke Einstellung zum Spielerischen des Tanzes, der zuweilen wohl durch einen zwar nicht gerade sehr charakterfesten, doch immerhin feintoniigen Humor erweht. Aber man genießt im Ganzen mehr schöne Arabesken eines wunderbar durchtrainierten Körpers, während man erhoffte, gelegentlich wenigstens einmal innerlich gepakt zu werden. Also ist Edith Bielefeld selbst nach ihrer ostasiatischen Reise und den dort gesammelten Erfahrungen eine liebliche Tanzhymne geblieben, die für ein Familienpublikum Melodien und Themen, überhaupt den Sinn von Musikstücken recht hübsch ausgedeutet, doch kaum durch ein ausgesprochenes Raumgefühl zu gestalten vermag.

Daß in den aneinandergereihten Tanzstudien überdies das Genrehafte überwiegt, hatte vielleicht seinen Grund in einer Weinverletzung der Tänzerin, derenwegen sie um gütige Nachsicht bitten ließ. Auch das verpflichtet zu kritischer Reflexion und erklärt zum Teil das Fehlen jeder ernster gemeinten Aufgabe. Trotzdem fiel uns etwa in einem „Capriccio“ oder in dem „Tanz mit dem Degen“ keineswegs auf, daß sie sich im Gehen, Laufen oder gar Springen irgendwie behindert fühlte, noch weniger ließ z. B. die „Zeitlupe“, in der sich der Körper ganz langsam und zweifellos sehr anstrengend um seine eigene Achse wendete, drehen, winden, biegen und beugen mußte. Eine Ermüdung erkennen, schon gar nicht „le Bouquet“, das als obligate Dreingabe gleich doppelt vorgeführt wurde. Mit das Entzückendste und in der detaillierten Ausdrucksregistrierung Einheitsliche blieb „1880“, eine muntere Parodie auf Galung und Kleidung aus Großmutterns Glanzzeit. Gerade auf diesem Gebiet könnte Edith Bielefeld sicher noch weiterkommen. Das Begleitorchester des Abends, der zugunsten der Notgemeinschaft statt fand, stellte die Kapelle der Badischen Lichtspiele unter ihrem tüchtigen Dirigenten Feis Braun.

Professor Sauer zum Rektor der Universität Freiburg gewählt. Der Senat der Universität Freiburg hat den ordentlichen Professor der Pathologie sowie der christlichen Archäologie und Kunstgeschichte, Dr. Josef Sauer, zum Rektor für das Studienjahr 1932 gewählt. Professor Sauer ist damit zum zweiten Male Rektor der Universität Freiburg.

Notwendigkeit und Nutzen des Feuerstiches

Das Feuer ist unser mächtigster Kulturfaktor. Nur durch das Sieden und Braten werden die Speisen gar, für uns aufgeschlossen, verdaulich und geben uns erst die rechte Lebenskraft. Nur durch das Feuer können wir auch die Metalle aus der Erde gewinnen und verarbeiten. Ohne Metalle aber keine Industrie, keinen Verkehr! Ohne die Hilfe des Feuers auch keine Landwirtschaft! Ohne das Feuer mühten wir in dumpfen Erdhöhlen hausend und würden sofort wieder in die trostlosen Zeiten der Höhlenbewohner zurückgeschleudert, wo nur wenige Urmenschen ihr armseliges Dasein auf der Erde fristen konnten. Ewig wahr bleibt daher das treffende Wort Schillers: „Was der Mensch bildet, was er schafft, das dankt er dieser Himmelstrahl!“ So unentbehrlich nun auch das Feuer für unser ganzes höheres, behagliches Dasein ist, ein so fürchterlicher Feind kann es für uns werden, wenn es der Mensch nicht bezähmt, bewacht! — In Deutschland verören jährlich noch 1400 Menschen. Der jährliche Brandschaden beträgt noch 400 Millionen Reichsmark. Die meisten Brände entstehen nur durch Unachtsamkeit und Leichtsin, und zwar aus Unwissenheit: denn wer die großen, heimtückischen Gefahren des Feuers kennt, der gibt schon in eigenen Interesse besser darauf acht. Nach dem übereinstimmenden Urteil der ersten Feuerwehrmänner könnte durch größere Sorgfalt im Umgang mit Feuer und Licht mindestens die Hälfte der Brände verhütet werden. Einen Brand verhüten ist aber vorteilhafter als 10 Brände löschen! Durch eine gründliche öftere Belehrung von jung und alt in den Zeitungen und Schulen über die Verhütung und Bekämpfung der Brände könnten in Deutschland jährlich recht wohl 700 kostbare Menschenleben und 200 Millionen Reichsmark gerettet werden. Da je 1 M., 40 Jahre lang jedes Jahr zu 5 Prozent in einer öffentlichen Sparkasse auf Zinsen gestellt, mit den Zinseszinsen zu 127 Reichsmark anwächst, so macht dies in 40 Jahren 25 Milliarden aus. Das kleine wird groß und allmächtig durch die Länge der Zeit! (Wie wohl würde uns schon jetzt auch nur eine Milliarde tun!), und in 40 Jahren könnte man mit der nötigen Sorgfalt 700 x 40 = 28 000 Menschen von dem qualvollen Tod des Verbrennens retten, also so viel Menschen, als die Einwohner einer ganzen großen Stadt betragen! Es ist daher unbedingt nur eine heilige Pflicht der Menschlichkeit, ja Selbsterhaltung für das ganze deutsche Volk, mit Feuer und Licht äußerst vorsichtig umzugehen.

Alle sollen die guten Lehren der Presse und Schulen bis ins kleinste gewissenhaft befolgen. Das kostet ja gar nichts, lohnt sich aber hundert- und tausendfach! Nur so können wir mit der Zeit über das große Brandeld mehr und mehr Herr werden.

Kurze Nachrichten

Tarifverhandlungen im Bankgewerbe gescheitert. Die Verhandlungen über die Gehaltstabelle des Reichstaxis im Bankgewerbe sind gescheitert, so daß nunmehr der Schlichter angerufen werden muß.

Der Schiedspruch für Nordwest. Eine Delegiertenkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Essen hat die Lohnregelung des für Nordwestdeutschland gefällten Schiedspruches abgelehnt, die Arbeitszeitregelung dagegen angenommen.

Die Frankfurter Allgemeine Ortskrankenkasse, bekannt durch ihren Zugausbau, den nun die Mitglieder zahlen müssen, sieht sich zu „Sparmaßnahmen“ genötigt. Sie ist dabei — wohl nicht ohne gewisse Absicht — zur „Überzeugung“ gekommen, daß man die 8000 M. für die Bekanntmachungen in der Presse sparen kann, und hat deshalb angeordnet, daß sämtliche Bekanntmachungen künftig nur noch durch Anschlag der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben werden sollen. Ob die Aufsichtsbehörde diese Sparmaßnahme gutheißen wird, ist allerdings eine andere Frage.

Kleine Chronik

Vor dem Schöffengericht Ludwigshafen begann am Dienstag der Prozeß wegen der Werftspionage bei der F. G. Farbenindustrie. Sieben Angeklagte werden beschuldigt, Fabrikgeheimnisse nach Ausland geleitet zu haben.

Der 37jährige Geschäftsführer der Evangelischen Versicherungsanstalt Wiesbaden, Adolf Bender, ist nach Verurteilung von über 50 000 M. geflüchtet.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat nun gegen die Mitglieder des ehemaligen Generaldirektoriums der Schultheiß-Patenhofer AG., Kätheellenbogen, Penzlin, Dr. Sobornheim, Kuhlman und Funtke Anklage wegen Bilanzverschleierung erhoben.

In Dresden wurde der Kaufmann Stephan und der Installateur Kublin wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode verurteilt. Sie hatten am 12. September 1931 ihren Freund, den 28 Jahre alten Gärtnergehilfen Hecht, gemeinschaftlich an der Elbe ermordet, nachdem sie bereits einige Tage vorher einen Giftmordversuch an ihm unternommen hatten.

Bei Reudersburg fuhr hinter der Station Dübelsdorf ein rangierender Arbeitszug in einen Personenzug, wobei zwei Personenzüge umgeworfen und sechs Personen verletzt wurden.

Beim Einsturz einer neuerbauten Mauer des städtischen Schlachthauses in Thorn wurden von sechs verschütteten Arbeitern zwei getötet.

Die Belohnung für die Ergreifung Matuschaks ist vom ungarischen Minister des Innern verteilt worden. Von den 50 000 Pengö bekommen 5000 jene Personen, die in der Aufspürung der Beweisgegenstände am Mordtatort wirksam mitgearbeitet haben, 3000 Pengö bekommt die Wiener Polizei, 2000 Pengö die ungarische Gendarmerie, und 40 000 Pengö die politische Abteilung der Budapest-Polizei.

In ganz Schweden wüteten am Dienstag schwere Schneestürme, die großen Schaden anrichteten. Die Telegraphenverbindung mit Deutschland und Finnland wurde gänzlich unterbrochen.

Der Gelehrtenrat beim Präsidenten des Zentralerziehungsausschusses der Sowjetunion sprach sich, wie aus Moskau gemeldet wird, für die Organisierung einer zweiten Polar-Expedition mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ im Sommer nächsten Jahres aus.

In Neu-Schwaben brach zwischen Cobar und Wilcannia ein gewaltiger Präriebrand aus, der sich über ein Gebiet von 250 Kilometer ausdehnte. Der Brand wird von 4000 Männern bekämpft.

Die hameische Hauptstadt Danzig ist am Dienstag von einem Brand heimgesucht worden, der der folgenschwerste ihrer ganzen bisherigen Geschichte ist. In dem Geschäftsviertel sind 500 feste Häuser, darunter das Gebäude der Bank von Kantow, zerstört worden. 2000 Personen sind obdachlos. Der Materialschaden wird auf 10 Millionen Reichsmark geschätzt.

Badischer Teil

Die Aenderung der Auszahlung der Dienstbezüge an Beamte usw. Langsames Abgleiten von der Prämienanzahlung

Das badische Staatsministerium hat eine Neuordnung über die Zahlung der Dienstbezüge der Beamten usw. getroffen und in seiner letzten erschienenen Verordnung niedergelegt. Die Neuordnung gruppiert sich in zwei Teile, und zwar umfasst der erste Teil die Dienstbezüge der Beamten, die Ruhegehälter, die Hinterbliebenen- und Unterstützungsbezüge, sowie die Bezüge der Beamten während der Probezeit, die danach nach einer besonderen Ordnung ausbezahlt werden. Der andere Teil umfasst die Bezüge der Beamten im Vorbereitungsdienst und der Angestellten, die nach einem gesonderten Plan zur Auszahlung gelangen sollen.

Die Gehälter für die erstgenannte Gruppe werden vom 1. Januar 1932 bis einschließlich September 1933 monatlich in zwei Teilen ausbezahlt. Das ganze Jahr 1932 hindurch ist der zu Beginn eines Monats zur Auszahlung gelangende Gehaltsteil 50 v. H. Der zweite Gehaltsteil, ebenfalls 50 v. H., verschiebt sich von Monat zu Monat jeweils um einige Tage, so daß z. B. die Dezemberbezüge für 1932 derart zur Auszahlung gelangen, daß die erste Rate mit 50 v. H. am 1. Dezember und die zweite am 31. Dezember in die Hände der Gehaltsberechtigten gelangen. Vom 1. Januar 1933 verringert sich dann die erste Gehaltsrate immer mehr, während die zweite in gleichem Maße ansteigt, so daß schließlich am 1. September 1933 nur 5 v. H. des Gehalts, am 30. September 1933 95 v. H. des Gehalts, zu Beginn des Oktober 1933 kein Gehalt und am 31. Oktober der Gesamtmonatsbezug ausbezahlt wird. Durch diesen Plan wird die bisher geübte Vorauszahlung der Monatsbezüge mit der Zeit derart verschoben, daß schließlich (wie in der Privatindustrie schon längst) die Gehaltsbezüge für den laufenden Monat erst am seinem Ende zur Auszahlung gelangen.

Bei den Beamten im Vorbereitungsdienst und bei den Angestellten vollzieht sich die Sache etwas rascher, und zwar derart, daß am 16. Dezember 1932 schon nur noch 5 v. H., am 30. Dezember 1932 95 v. H. und dann am 31. Januar 1933 der Gesamtmonatsbezug ausbezahlt wird.

Diese Vorschriften gelten auch für die Zahlung der entsprechenden Bezüge durch die Gemeinden (Gemeindeverbände) und die sonstigen der Landesaufsicht unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Die Landesversicherungsanstalt Baden

Der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt Baden hielt kürzlich in Anwesenheit der zuständigen Regierungsvertreter seine ordentliche Jahresversammlung ab. Präsident Rausch äußerte sich zum Vorschlag, der deutlich die heutige schwere Zeit erkennen läßt.

Die Landesversicherungsanstalt Baden hat allein durch die Inflation 64 Millionen Reichsmark Vermögen verloren. Heute beträgt das Vermögen noch 49,6 Millionen, wovon nur ein kleiner Teil greifbar ist. Die Renteneinleistungen übersteigen die Beitragseinnahmen monatlich um eine Million Reichsmark. Die einzige Möglichkeit zur Einsparungen ist bei den freiwilligen Leistungen — Selbstverfahren und Zuwendungen an Vereinigungen für Krankenfürsorge — gegeben. Die Landesversicherungsanstalt Baden befähigt sich der größten Rationalisierung der Verwaltungsarbeit. Sie steht in bezug auf die persönlichen Verwaltungsausgaben unter 29 Landesversicherungsanstalten an 14. Stelle. Für das Väterheilverfahren sind gegenüber einem Rechnungsergebnis für 1930 in Höhe von 945 629 M. für 1931 nur noch 200 000 M., für unständiges Heilverfahren gegenüber dem Rechnungsergebnis für 1930 in Höhe von 486 021 M. nur noch 55 000 M. vorgesehen. Auch das Hausgeld der Heilanstaltsinsassen mußte gekürzt werden, während die Zuschüsse an Krankenkassen, die eigene Erholungsheime betreiben, ganz wegfallen.

Anträge der Versichertenvertreter auf Erhöhung der Position für das unständige Heilverfahren auf 250 000 M. und Enthebung eines Betrages von 15 000 M. für Zuschüsse an Krankenkassen mit eigenen Erholungsheimen wurden mit Stimmgleichheit abgelehnt, und der Vorschlag sodann einstimmig angenommen.

Das Wandertreiben

Wichtige Beschlüsse über das Wandertreiben fasste eine Konferenz von Vertretern der badischen Kreise, der württembergischen Grenzamt-Körperschaften und württembergischer größerer Städte, sowie eines Vertreters der hohenzollernschen Regierung.

In erster Stelle der angenommenen gemeinsamen Richtlinien steht die Schaffung von Wandertrecken sowohl aus politischen Gründen wie auch zur Entlastung der Landgemeinden, die besonders gern von Wandereisen aufgesucht werden, und die für sie aufgewendeten Kosten nicht mehr zurückerhalten können. Solche Wandertrecken sollen in Zukunft u. a. sein: Stodach—Aberlingen—Marzdorf—Tuttlingen—Geislingen—Döggingen—Neustadt; Geislingen—Biltingen—Erlberg; Rothweil—Schwenningen—Biltingen; Oberndorf—Schramberg—Schiltach—Gausach. Auch im nördlichen Schwarzwald sind solche Strecken geschaffen worden. Die Wanderer sollen von einer Station direkt zur anderen verwießen werden. Die Stationen sind so gelegt, daß sie am gleichen Tage gut erreicht werden können.

Ferner soll das in Baden zwangsweise geschaffene Wandertreiben künftig vom Bezirksamt ausgestellt werden, um genaue Feststellungen über die Person des Wanderers treffen zu können. Das Wandertreiben soll besonders auch dagegen Abhilfe schaffen, daß Personen mit festem Wohnsitz unter die Wanderer gehen und nach Verteilung wieder an ihren Wohnsitz zurückkehren. Die Einführung von Wandereisenarbeiten in Baden nach württembergischen Vorbild ist zur Zeit durch die Wirtschaftslage nicht gut möglich, um dem Gewerbe keine Konkurrenz zu machen.

Aus dem Badischen Landtag Eingänge

Von der Deutschen Volkspartei sind drei förmliche Anfragen im Landtag eingebracht worden, die sich mit den Abgab- und Preisverhältnissen auf den badischen Viehmärkten und mit der trostlosen Lage auf dem Holzmarkt befassen. Auskunft wird ferner gewünscht, ob es richtig sei, daß das Reich an Bayern Mittel zur Unterstützung von Gemeinden auf dem Gebiete der Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge gegeben habe, ohne daß als Voraussetzung hierfür die Einführung der Getränkesteuer verlangt wurde. Weiterhin wurde von der Deutschen Volkspartei ein Antrag eingebracht, die Regierung solle im Zusammenhang mit der beabsichtigten Änderung der Grund- und Gewerbesteuer eine Millimeter- und eine Warenhaussteuer einführen.

Sonntagsrückfahrarten über Weihnachten und Neujahr

Die Sonntagsrückfahrarten gelten nun schon vom 23. Dezember vormittags bis 4. Januar, vormittags 9 Uhr. Im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe werden folgende weitere Sonntagsrückfahrarten 3. Klasse und, soweit ein Bedürfnis vorliegt, auch 2. Klasse aufgelegt:

in Mannheim nach Basel Bad. Pf., Ulm, München, Nürnberg, Koblenz, Köln, Berlin, Dresden, Leipzig, Hannover, Hamburg, Bremen; in Heidelberg nach Basel Bad. Pf., Konstanz, München, Nürnberg, Köln, Berlin, Dresden, Leipzig, Hannover, Hamburg, Bremen; in Karlsruhe nach Ulm, München, Nürnberg, Köln, Berlin, Dresden, Leipzig, Hannover, Hamburg, Bremen; in Rastatt nach Basel Bad. Pf., Frankfurt (Main); in Freiburg (Breisgau) nach Ulm, München, Mainz, Frankfurt (Main); in Basel Bad. Pf. nach München, Frankfurt (Main), Köln; in Waldshut nach Ulm, München, Frankfurt (Main), Köln; in Konstanz nach Mannheim.

Bahnhöfe, bei denen Sonntagsrückfahrarten in der gewünschten Verbindung nicht aufliegen, beziehen die anschließenden Karten von anderen Bahnhöfen, die diese Karten haben, soweit es ihnen an Hand der Unterlagen möglich ist und, wenn die Reisenden sie rechtzeitig vorher bestellen. Auch die Verkaufsstellen des Mitteleuropäischen Reisebüros beziehen auf Wunsch Sonntagsrückfahrarten von den betreffenden Bahnhöfen.

Reisende, die bis zum Zielbahnhof ihrer Reise Sonntagsrückfahrarten nicht erhalten können und mit Schnell- oder Eilzügen fahren, erhalten die Zuschlagkarten für die ganze Strecke, damit der Zuschlag durch die gebrauchte Abfertigung nicht verteuert wird. Auch das Reisegepäck dieser Reisenden wird bis zum Zielbahnhof durchgehend abgefertigt.

Es empfiehlt sich also, sich möglichst frühzeitig bei den Bahnhöfen oder bei den Verkaufsstellen des Mitteleuropäischen Reisebüros zu erkundigen, in welcher Weise hierauf die Sonntagsrückfahrarten für eine größere Reise benutzt werden können.

Die Rückreise muß mit der letzten Karte für den Rückweg am 4. Januar 1932 bis 9 Uhr angetreten werden.

Privatmusiklehreprüfung

** Am März 1932 findet in Karlsruhe eine staatliche Privatmusiklehreprüfung nach Maßgabe der Verordnung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 19. April 1928 statt.

Meldungen zu dieser Prüfung sind bis längstens 30. Januar 1932 unter Beifügung der in § 3 der Bestimmungen über die Privatmusiklehreprüfung bezeichneten Nachweise und Zeugnisse an das Ministerium des Kultus und Unterrichts einzureichen.

Die Veröffentlichung wird im Amtsblatt des Ministeriums erscheinen.

Bad. Einzelhandel und Notverordnung

Das Gesamtpräsidium der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels hat sich mit der neuesten Notverordnung der Reichsregierung und deren Auswirkungen beschäftigt. Der organisierte badische Einzelhandel erklärt sich trotz der erheblichen Bedenken, die er gegen einzelne Bestimmungen der vierten Notverordnung der Reichsregierung hat, bereit, auch an der Durchführung dieser Notverordnung mitzuwirken und im Rahmen des Möglichen und Erträglichen die neuerlichen Opfer auf sich zu nehmen, wobei er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß dadurch endlich und dauernd eine Befriedung des mehr und mehr unhaltbar gewordenen Verhältnisses herbeigeführt wird. Andererseits spricht der Badische Einzelhandel die bestimmte Erwartung aus, daß bei der Durchführung der Notverordnung die Lebensnotwendigkeiten des Einzelhandels unbedingt gewahrt werden. Er betont hierbei nachdrücklich, daß die im Einzelhandel in den letzten vergangenen Jahren eingetretenen starken Preissteigerungen bereits die Grenze erreicht haben, wo eine weitere Senkung nur unter der Voraussetzung einer gleichmäßigen Beteiligung aller derjenigen Faktoren, von denen die Preissteigerung abhängig ist, möglich erscheint. Der Einzelhandel muß verlangen, daß von der Produktion ab bis zum letzten Verteiler der Ware — einschließlich der öffentlichen Lasten, städtischen Gebühren usw. — alle Beteiligten in gerechtem Verhältnis herangezogen werden.

Waffschweinefleisch in Karlsruhe. In den Tagen vom 16. bis 17. Januar 1932 veranstaltet die Badische Landwirtschaftskammer gemeinsam mit dem Badischen Landesfleischwirtschaftsverband im städtischen Schlacht- und Viehhof in Karlsruhe die 2. Badische Waffschweinefleisch- und Schlachtwettbewerb.

Förderung des Eierabfasses. In Rastatt wurde eine Eier-Abfasser-Gesellschaft gegründet. Ziel der Genossenschaft ist die gemeinschaftliche Erfassung und Verwertung aller im Rastatter Bezirk produzierten Eier.

Aus der Landeshauptstadt

Beginn des Levita-Prozesses

Der mit einiger Spannung erwartete Prozeß gegen den 38 Jahre alten verheirateten Kaufmann Sally Harry Levita aus Pfaffenberfurth, zuletzt wohnhaft in Baden-Baden, wegen vollendeter und versuchter Erpressung in je zwei Fällen, hat heute, Mittwoch vormittag in Karlsruhe seinen Anfang genommen.

Nach dem Eröffnungsbeschuß hat Levita in der Zeit vom Mai 1929 bis Ende September 1929 im Zusammenwirken mit dem flüchtigen Billy Schwed eine bereits in einer Dortmunder Druckerei in einer angeblichen Auflage von 200 000 Stück hergestellte Streitschrift „Steuerstandale im Reemisma-Kongress“, aus deren Verbreitung der Firma erhebliche geschäftliche Nachteile erwachsen konnten, dazu benutzt, im Herbst 1929 die Firma Reemisma zu dem sog. Berliner Abkommen zu bestimmen, wonach ihm, Levita, der Betrag von 50 000 RM zugestanden wird, davon 10 000 RM sofort zahlbar, weitere 16 000 RM am 23. August, der Rest in monatlichen Raten von je 1000 RM. Levita übernahm dagegen die Verpflichtung, der Firma die bisher gedruckten Exemplare und das gesamte Material auszubändigen, wobei er ausdrücklich anerkannte, daß eine Reihe von Angaben und Verdächtigungen der Wahrheit nicht entsprachen. Auch verpflichtete sich Levita, keine weitere Veröffentlichungen zu machen.

Den zweiten Punkt der Anklage bildet ein angeblich von Schwed allein verfaßtes „Beispruch der deutschen Zigarrenindustrie“. Man drohte Veröffentlichung an, um dadurch weitere Geldbeträge zu erlangen. Das war in der Zeit vom 2. Dezember 1929 bis 15. Januar 1930. Weiter wird Levita vorgeworfen, am 18. September 1930 durch das Inausbleiben eines in der Pfeifferschen Buchdruckerei in Baden-Baden hergestellten Budes „Das große ABC“, dessen Hauptauftrag nach seiner eigenen Kenntnis in der Hauptsache unvollständig war, den Abschluß eines Vertrages mit der Reemisma betreffenden Dresdener Firma Bergmann erreicht zu haben, demzufolge Levita und Schwed drei Jahre lang monatlich je 3000 RM, also zusammen 72 000 RM erhalten. Man verpflichtete sich, die Streitschrift nicht zu veröffentlichen. Schließlich haben Levita und Schwed den Verlag der „Badischen Volkszeitung“ übernommen und in eine G. m. b. H. umgewandelt. Beide arbeiteten neben dem jetzigen Verleger Pfeiffer in der Redaktion. Durch Androhung von Veröffentlichungen im genannten Blatt suchte man nach der Anklage die Firma Reemisma zu großen überbezahlten Inzeratenaufträgen zu veranlassen.

Mitangeklagt ist der 58 Jahre alt Buchdruckereibesitzer Johannes Pfeiffer aus Springborn (Ostpreußen), der beschuldigt wird, in der Zeit von Ende Mai bis Mitte Juni 1931 durch Inausbleiben weiterer Artikel, die geeignet waren, den Kredit zu gefährden und geschädigt zu werden, eine Vereinbarung der Vorstandsmitglieder von Reemisma herbeizuführen und sie zu tätigen, ihm für die Fortführung seines Geschäftsumnehmens, der „Badischen Volkszeitung“, sofort 50 000 RM zur Verfügung zu stellen.

Aus der Vernehmung Levitas ergibt sich, daß er in der Eisenbranche lernte und sich im Jahre 1925 mit der „Firma für Eisen- und Stahlbedarf“ in Dortmund selbstständig machte. 1928 ist Levita in Konstanz geraten. In dieser Zeit sei er, der Angeklagte, mit Schwed bekannt geworden, der in den besten Kreisen verkehrt habe und nicht der arbeitslose Mensch sei, als der er hingestellt werde. Schwed habe in der deutschen Zigarrenindustrie eine maßgebende Rolle gespielt. Die Brüder Borg hatten inzwischen das Aktienpaket von Vaisari übernommen. Der Angeklagte erörtert die Tätigkeit Schwedes und fährt fort: Ich ging auf Viten-Boras als deren Vertrauensmann Ende 1928 nach Baden-Baden, habe volle Selbständigkeit besessen, wurde aber nicht fest, sondern von Fall zu Fall bezahlt. Ich war der „Hausmischer“ des Hauptaktionärs!

Todesfall. Innerhalb rasch ist im Alter von 70 Jahren Fabrikdirektor Dr. Eugen Geiger, der Bruder des verstorbenen badischen Dichters Albert Geiger, aus dem Leben geschieden. Für seine Verdienste um die Verbesserung der Trinkwasseranlagen vieler Städte wurde dem Verstorbenen von der Technischen Hochschule Karlsruhe im Jahre 1920 die Würde eines Ehrenbürgers verliehen.

Die Unterschlagungen in der ärztlichen Verrechnungsstelle. Vor dem Schöffengericht Karlsruhe hatte sich am Dienstag der 37 Jahre alte Angestellte Morell von hier wegen Unterschlagung von insgesamt 77 105 RM zum Nachteil der Verrechnungsstelle der Karlsruher Ärzteschaft zu verantworten. Das Schöffengericht verurteilte den in vollem Umfange geständigen Angeklagten zu 12 Jahren Zuchthaus.

Waagen aller Art liefert:
Friedrich Lang, Waagenfabrik, Stuttgart-Cannstatt 3

gellagten, der das Geld für die Propaganda in einem pharmazeutischen Betrieb verwendet hat, zu einem Jahr sieben Monaten Gefängnis. Der Oberstaatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt.

Rüfungene Kundgebungen. In den Spätnachmittags- und Abendstunden des Dienstag verjuchten, wahrscheinlich auf kommunistische Parole hin, in der Süd- und Altstadt Erwerbslose zu demonstrieren. Die Polizei hatte schon vorher von dieser Absicht Kenntnis erhalten und lag in Bereitschaft. Bei den ersten Zusammenrottungen war die Polizei auf Kraftwagen und Fahrradpatrouillen sofort zur Stelle und trieb die Ansammlungen müheelos auseinander. Zu irgendwelchen Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Zur Anzeige gelangte ein Hilfsarbeiter aus Durlach, der der kommunistischen Partei angehört, weil er am Dienstagabend in der Hauptstraße in Durlach laute Rufe gegen die Regierung Brünning ausstieß. Er wird dem Schnellrichter vorgeführt.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Um mehrfach laut gewordenen Zweifeln zu begegnen, sei nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß am Sonntag, dem 20. Dezember, nachmittags, anstatt der Operette „Die Prinzessin auf dem Seil“ die Oper „Tiefstand“ von Eugen d'Albert zur Aufführung kommt.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwochmorgen: Im Süden einer nach dem Baltikum gezogenen Zyklone ist über das Nordmeer artige Kaltluft nach Süden vorgestoßen und hat über Westeuropa einen Hochdruckrücken erzeugt, der uns bis auf weiteres von der Zufuhr wärmerer ozeanischer Luft abschneiden wird. Voraussage für 17. Dezember: In tiefen Lagen noch meist neblig, bewölkt und nachts, im Gebirge zeitweise Schneefall.

Wasserstände: Waldshut 198 minus 1, Basel 1 minus 4, Schutterinsel 54 minus 3, Rastatt 210 minus 2, Maxau 388 minus 1, Mannheim 266 minus 5, Caub 198 minus 4.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	16. Dezember		15. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.63	169.7	170.13	170.47
Kopenhagen 100 Kr.	79.67	79.83	80.02	80.23
Italien . . . 100 L.	21.53	21.57	21.63	21.67
London . . . 1 Pf.	14.49	14.53	14.56	14.60
New-York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.52	16.56
Schweiz . . . 100 Fr.	81.97	82.13	82.02	82.18
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Prag . . . 100 Kr.	12.47	12.49	12.47	12.49

Berliner Effektenbörse. Die Börseräume in Berlin werden von dieser Woche ab dreimal wöchentlich für die Besucher der Wertpapierbörse zwecks Abhaltung von Aussprachen ohne Abschluß von Geschäften geöffnet sein.

Frachtsenkung. Vom Reichsverkehrsminister wurden mit sofortiger Wirkung die Frachten des Reichsfrachtwagenverkehrs des Abschnittes I für Ladungen bis zu 1000 Kilogramm und des Abschnittes II von 1001 bis 3600 Kilogramm um 15 Proz., die übrigen Frachtsätze des Abschnittes II um 5 Proz. ermäßigt. — Die Schiffahrtsabgaben auf den Reichsbinnenwasserstraßen und den reichseigenen Binnenhäfen sind mit Wirkung vom 16. Dezember 1931 um mindestens 10 Proz. gesenkt worden. — Die Senkung der Reichsbahnfahrpreise tritt heute, 16. Dezember, in Kraft.

Stärkung des inländischen Getreidemarktes. Die Lage auf dem inländischen Getreidemarkt hat, insbesondere durch den starken Rückgang des Viehfleischums, zu Preisverhältnissen geführt, die eine Rentabilität des Getreidebaues, insbesondere in Süddeutschland, ausschließen. Die Reichsregierung hat sich deshalb entschlossen, der mitgeteilten Forderung der süddeutschen Landwirtschaftskammern zu entsprechen, und durch eine Verordnung die inländische Getreide in die bisher nur für die Kartoffelfloden bestehende Kombination für die Einfuhr von ausländischer Getreide miteinzubeziehen. In Zukunft wird auch derjenige, der von der Getreidehandelsgesellschaft einen Doppelzentner Inlandsgerste zur Viehfütterung bezieht, die Möglichkeit haben, dazu zum Vollauf von 4 RM zwei Doppelzentner Auslandsgerste einzuführen. Um eine mißbräuchliche Ausnutzung dieser Möglichkeiten zu verhindern, mußte die mit der bereits für Kartoffelfloden geltende zentrale Regelung auch auf den Bezug inländischer Getreide ausgedehnt werden. Der Anlauf der inländischen Getreide und der Absatz an den letzten Verbraucher erfolgt hier durch Handel und Genossenschaften. Diese Aktion wird noch durch eine besondere Frachtverbilligung für die frachtlieh besonders ungünstig liegenden Überschußgebiete für inländische Getreide unterstützt werden.

Staatstechnikum
Badische Höhere Technische Lehranstalt
Karlsruhe Moltkestraße 9.

Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Sommer-Studienhalbjahr sind schriftlich spätestens bis zum 15. Januar 1932 an die Direktion zu richten.

Die Aufnahmeprüfungen für die Fachklassen finden von Montag, den 21. bis Mittwoch, den 23. März und die Aufnahmeprüfungen für die Vorbereitungsklassen sowie die Nachprüfungen am Mittwoch, den 30. März 1932 statt.

Die Einweisung der Studierenden ist am **Donnerstag, den 31. März 1932, 11 Uhr.**

Der Unterricht beginnt am **Donnerstag, den 31. März 1932, 15 Uhr.**

Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinsendung einer Gebühr von 0,50 RM. zuzüglich Porto erhältlich ist.

Karlsruhe, im Dezember 1931.
Die Direktion:
A. Eisenlohr.

Badisches Landestheater

Donnerstag, 17. Dez. 1931

* D 14 (Donnerstagmiete)
Th. Gem. 401-500

Der Wildschütz

Romische Oper von Lorzing

Dirigent: Schwarz

Spielleitung: Kruschka

Mitwirkende:
Eißelgroth, Fischbach, Gabelhorn, Tubach, Löfer, Marks a. G., Schuster, Lindemann

Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise D (0,90-3,60 RM)

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HAUPTVERTRÄGER
DOSENHEIM & BEHRE

VERTRÄGER
STRASSENBAU-MATERIAL

B.480. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Elektro-Industrie, Karlsruhe, G. m. b. H. in Karlsruhe, Leisingstraße 3, ist zur Anhörung der Gläubiger über den Antrag auf Einstellung des Verfahrens Termin bestimmt auf: Freitag, den 8. Januar 1932, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 1. Stock, Zimmer Nr. 40. Karlsruhe, den 11. Dezember 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

2. Seite 195: Baupel Emil, staatl. geprüfter Dentist, Karlsruhe und Elise geb. Reiner. Vertrag vom 30. Oktober 1931: Errichtungsgesellschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.

3. Seite 196: Altmendinger Karl, Werkmeister, Karlsruhe und Maria geb. Geisfelmann. Vertrag vom 23. November 1931: Errichtungsgesellschaft mit Vorbehaltsgut der Frau.

4. Seite 197: Dietz Friedrich Ernst, Kaufmann, Karlsruhe und Anna Emma geb. Kauf. Vertrag vom 23. November 1931: Gütertrennung, 11. XII. 1931.

5. Seite 198: Köhle Adolf, Holzarbeiter, Karlsruhe-Darlanden und Maria Anna geb. Speck. Vertrag vom 25. November 1931: Gütertrennung, 12. XII. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Ludwig Schweisgut
Erbprinzenstraße 4 (b. Rondellplatz)

Flügel u. Pianinos
Nur allerbeste Fabrikate

Alleinvertreter von L.97

Bechstein • Blüthner
Grotrian-Steinweg
Schiedmayer & Söhne
Thürmer • Wolfframm
Mannborg-Harmoniums
Große Auswahl! — Besichtigung erbeten

Auf dem Hofgut Hohentwetersbach ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sperrbezirk ist das Hofgut Hohentwetersbach, Beobachtungsgebiet ist die Gemarkung Hohentwetersbach. Die Gefährdungzone umfaßt alle Gemeinden des 15 km-Umkreises. R. 751 Karlsruhe, den 14. Dezember 1931. O. J. 71 Bad. Bezirksamt Abteilung IV.

Nr. 18. 12. Neu einstudiert: Tosca. Sa. 19. 12. Nachm.: Der gestiefelte Kater. Abends: Hänsel und Gretel. Hierauf: Die Puppenfee. So. 20. 12. Nachmittags: Tiefstand. Abends: Othello. Im Konzerthaus: Othello. Polka.

Karlsruhe. B.479 Güterrechtsregistereinträge. 1. Zu Band II, Seite 194: Schloß Emil, Maler, Karlsruhe u. Hofa geb. Gramlich. Vertrag vom 18. März 1931: Gütertrennung, 9. XII. 31.

Formulare und sämtliche Drucksachen für Behörden liefert prompt und preiswert

G. Braun GmbH.
vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karl-Friedrich-Str. 14, Tel. 952/54

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 50

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 293

16. Dezember 1931

Was besagen die Namen der Flüsse und Bäche unseres badischen Heimatlandes?

Von W. Sigmund, Heidelberg

I.

In der Gemarkung eines jeden Dorfes und jeder Stadt finden sich Flurnamen fremder Herkunft, die den und jenen Bauerntum schon zum Nachdenken veranlaßt haben. Manche Namen lassen sich vielleicht im Hinblick auf ihre Lage erklären; oft gibt auch die Geschichte des Ortes einen Hinweis, z. B. Galgenberg. Aber wie viele Male stehen wir vor einem Rätsel, das zu lösen nur durch eingehendes Studium der Sprachgeschichte möglich ist. Sehr oft verfaßt auch diese Wissenschaft.

Genau wie die Flurnamen haben auch die Namen unserer Ströme, Flüsse und Bäche ihrer Erklärung. Die Namen Krebsbach, Leimbach, Steinach u. a. m. erfordern nicht viel Nachdenkens. Wie aber ist der Name Kinzig, Neckar, Elsenz, Neumagen, Dreifam, Kander, Mettma, Murg usw. zu deuten? In dem Topographischen Wörterbuch von Baden von Alb. Krieger, 1904, finden sich dann und wann einzelne Erklärungen; der 11. Band der Tübinger Germanistischen Arbeiten hat in dem Werk von Otto Springer „Die Flurnamen Badens und Württembergs“, die Materie weiterbehandelt. Beide Werke sollen uns bei unserem Rundgang durch das badische Land als Wegweiser dienen.

Als erste gibt uns die Wutach einen Beweis von der scharfen Beobachtungsgabe unserer Vorfahren bei der Benennung von Gewässern. Das Wort Ach, Nach, auch Aha bedeutet „Wasser, Fluß, Bach“. Die Wutach ist somit die wütende Ach, in welcher Beziehung die Art und Bewegtheit ihres Wassers im reichenden Mittel- und Unterlauf treffend charakterisiert liegt. Vom Verlassen des Feldsees an bis zur Vereinigung mit dem Haslachbach (an Lenzfisch vorbei) unterhalb der Station Kappel-Grünwald fließen die Wasser als „gute“ Ach = Gutach in langsamem Lauf durch schöne Wiesengründe; von der Station Gutachbrücke an aber beginnt sich das Tal zu verengen, und als wütende Ach eilt der Fluß durch tief-eingerissene Täler dem Rheine zu. Das alte Wort wuot bedeutet „heftige Bewegung“. Wutabe heißt sie 1122, die Wota 1316, Wutach 1517.

Die Schlucht ist der Fluß mit tiefeingezeichnetem Flußbett, freilich noch nicht im Oberlauf, sondern erst im Mittel- und Unterlauf. Längs der vielfachen Windungen des Wasserlaufs zieht die Straße hart am Wasser hin, steil und zackig ragen die Felswände hoch hinauf.

Vor vier Jahren stieg ich von Häusern das Tal der Schwarza herauf. Das klare Wasser des Baches machte uns Freude. Heute ist es eingefangen und muß — wie das ganze Beden des Schluchsees — Arbeit leisten. Der Name Schwarza, auch Schwarzach oder Schwarzbach, bezieht sich nicht auf die Farbe des Wassers, sondern auf die Umgebung des Ursprungs, des Laufs. Alle Bäche mit diesem Namen kommen aus Sumpfgelände oder fließen durch solches oder führen mooriges Wasser mit. Selbst wenn sie klares Wasser besitzen, hat vielleicht die Nähe moorigen Grundes oder ein dunkler Tonnenfort im Quellbereich zur Benennung des Baches geführt. Wer den Schluchsee mit seiner Moorlandschaft gesehen hat, kann sich den Namen Schwarza als Abfluß leicht erklären.

Der Schluchsee selbst soll nach Krieger der See in der Schlucht sein. Schlauch althochdeutsch sluh = die Schlucht. — Etwas westlich von der Staatsbrauerei Rothaus liegt die Quelle der Mettma, die oberhalb Allmut in die Schlucht mündet. Nehmen wir die Karte zur Hand, so sehen wir hier drei Bäche in paralleler Richtung südwärts fließen: Schwarza, Mettma, Schlucht. Die Mettma heißt 1111 ortus fluvii Metime, 1125 aqua Mettma. Nach Springer ist das Bestimmungswort die althochdeutsche Form für „mittel“ — der Bach Mettma fließt in der Mitte zwischen Schwarza und Schlucht.

Leicht zu erklären ist der Name Steinach. „Ach“ ist der Wasserlauf; die Silbe „Stein“ kann verschiedene Bedeutung haben, bald ist es das steinige Flußbett oder das Ufer, oft ein bestimmter Stein.

Die obere (und untere) Alb heißt 983 ortus Albae, 1065 Alba. Der Name geht auf den Stamm Alb, aus der indogerm. Wurzel albh = glänzen, hell scheinen zurück. Springer weist auf das skandinavische „Elf“ für Fluß hin, dem gleichfalls die Bedeutung „weiß, glänzend hell“ zukommt.

Der Name Murg (für die obere und untere Murg) erscheint auch anderswärts; es gibt eine schweizerische Murg zur Thur, eine Morgia bei Kaufanne usw. Der Name Murg wird mit murca = „dick, dunkle Bräune“ in Verbindung gebracht. Wer denkt da nicht an den moorigen, sumpfigen Boden am Schluffkopf und Umgebung, woher die Quellwasser der Murg kommen?

Dunkel ist der Name Wehra; als Zufluß kommt bei Wehr der Haselbach. An dem Ufer des Baches wachsen viele Haselsträucher. In der Zusammensetzung mit = ach finden sich auch andere Baumnamen: Esche = Eschach; Eibe = Eibach, rechter Nebenbach der oberen Alb.

Des Feldbergs liebliches Töchterlein, die Biese, 1270 fluvius dictus Wisa, gehört zur igm. Wurzel vis = neken.

Dem Bach Kander (Cantara) wird das Attribut „hellglänzend, weiß“ zugesprochen. Die Endung ara in Cant-ara bedeutet Wasser; skand = leuchten.

Woher kommt der Name Neumagen, an dem das schöne Stauen liegt? Die Volks Sage läßt diesen Bach jedes Jahr 9 Menschen verhängen, nach anderer Lesart begehrt er nur alle 9 Jahre ein Opfer. In der Chronik von 1388 heißt er Numagen, 1451 Numag, 1478 Numag. Der Name geht auf das gallische Novio-magus zurück. Novio ist mit „neu“ zu übersetzen. Das bei jalousen keltischen Ortsnamen zu findende Wort magus bedeutet Feld oder Ebene. Novio-magus war wohl der Name einer Siedlung, und des umliegenden Landes; der vordere Name wurde von den eindringenden Deutschen auch auf den Bach übertragen und später in das nicht gerade schöne „Neumagen“ umgewandelt.

In der schönen Münsterstadt Freiburg begegnen wir der Dreifam. Alte Chroniken nennen sie 864 Dreifima, 1008 Treijama, 1397 Treijam. Die voralthochdeutsche Form war wohl Tragi-sama, später zu Tregijama umgelautet = Dreifima. Wir finden hier die Ableitung von dem keltischen Wort „Trag“ = laufen. Die Treijem oder Dreifam — ihr Name ist schon älter wie 2000 Jahre — ist also die „sehr schnelle“, die „schnellste“.

„Zu der wilden Elza“ wird 1335 die Elz genannt, von der es heißt: „Scheint aus Alia entstanden und gehört zum Stamme Al, der die Bedeutung „eilen“ hat. Die gleiche Auslegung finden wir bei Betrachtung des Namens Elsenz, deren Namen auf Al-is-ont-ia zurückgeführt wird. Springer aber sagt: Die Stammsilbe Elz, die germanisch nicht zu deuten ist muß Alti gelautet haben. Bei Alifontia wurde der Stammvokal umgelautet zu Elifontia, womit sich die Form vom Jahr 988 decken würde. Elizinja. Die Annahme, daß alle alten Flurnamen von Wurzeln gebildet seien mit der Bedeutung eilen, strömen, gehen, fließen, kann nicht aufrechterhalten bleiben. Springer ist nicht abgeneigt, anzunehmen, alisa könnte vielleicht auch keltische Entsprechung von deutsch „Erle“ sein.

In dem Namen Cant-ara = Kander kommt der Endung ara die Bedeutung von „Wasser“ zu. Auch der Name Glotter weist in Clot-ara oder Glod-ara diese Endung auf. Der Stamm Clot, Clod kommt aus der europäischen Wurzel clu = spülen, reinigen. Somit wäre das Wasser der Glotter das lautere, gereinigte.

Mit „Welle, Woge, Fluß“ wird der Name Undis über- setzt. Undussa heißt sie 763; die Stammsilbe unda erinnert althochdeutsch an Woge, Welle.

5 Jahre Dreifeisenbahn

5. Eine bedeutende Wintersport- und Ausflugsbahn des Schwarzwaldes feierte am 1. Dezember die 5. Wiederkehr ihrer Betriebseröffnung. Am 1. Dezember 1926 wurde die Dreifeisenbahn eröffnet. Ihren Namen hat die Bahn von den drei Schwarzwaldseen Titisee, Windgfallweiher und Schluchsee, die sie auf ihrem etwa 20 Kilometer langen Lauf berührt. Die Bahn zweigt von der Hällentalbahn am Ort Titisee in großem Bogen über Ost und Süd nach Südwesten ab, eilt am südöstlichen Ufer des Titisees vorbei bis zu den Feldbergabhängen hinauf, zur Station Bärenthal-Feldberg, die mit einer Höhe von 987 Meter ü. d. M. die höchste Reichsbahnstation des Deutschen Reiches darstellt. Hinter Bärenthal wendet sich die Bahn in über 90 Grad Richtungsänderung nach Süden und zieht über das sogenannte „Rote Meer“, eine eigenartige wildromantische Schwarzwaldlandschaft, an Altglashütten-Falkau vorbei und in langsamem Bogen an den östlichen Ufern des Windgfallweihers entlang und in stetiger Keilung an Aha vorbei bis zum langgestreckten Schluchsee und dem gleichnamigen Ort, um am südlichen Ende des Schluchsees, am Bahnhof Seeburg, in einer Höhe von 932 Meter ü. d. M., zu endigen.

Die Bahnlinie hat große Bedeutung für die Industrie der dortigen Gegend, insbesondere für die Holzabfuhr und den Ausbau des Schluchsee-Kraftwerkes. Nicht minder groß aber ist die Rolle, die sie als Zubringerin des Fremdenverkehrs für die obengenannten Kurorte und Wintersportplätze, vor allem aber auch für die Jahreskurorte St. Blasien und Höchenschwand und den Feldberg, spielt. Der Skiläufer ist einer der begehrtesten Verehrer der Dreifeisenbahn. Besonders der Bahnhof Bärenthal-Feldberg entläßt allwinters aus den gemütlichen Wagen unübersehbare Scharen von Skiläufern, die unmittelbar nach Verlassen des Bahnhofes schon die Bretter anschlagen und hinaus in die schweigende Winterpracht eilen können. Für den Besuch des Feldbergmassivs gibt die Schluchseebahn mit ihren Stationen Bärenthal-Feldberg, Altglashütten-Falkau, Schluchsee und Seeburg vielseitige Kombinationen für Skiwanderungen in dem interessanten Gebiet, das sich um den höchsten Gipfel des Schwarzwaldes ausbreitet. Die Dreifeisenbahn ist deshalb zu einem Lieblingsverkehrsweg für den Wintersportler, aber auch für den Wanderer und Ausflügler der übrigen Jahreszeiten geworden. Ganz überraschend stieg die Verkehrsentwicklung auf der neuen Bahn seit ihrer Eröffnung an, so daß mehrfache betriebliche und bauliche Erweiterungen notwendig wurden.

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Badnerland - Schwarzwald

Hotelpreise im Schwarzwald Winter 1931/32.

Zum Winterbeginn und Weihnachtsfest hat der Badische Verkehrsverband einen neuen Winterprospekt mit Hotelpreisliste über den Schwarzwald herausgegeben. Dieser Prospekt stellt mit rund 300 Gaststätten, die mit ihren Preisen und besonderen Einrichtungen namentlich aufgeführt werden, die offizielle Preisliste des Schwarzwaldes für die Zeit des Wintersports und der Winterferien dar. Wer in diesem für den Ski-, Model-, Bob- und Eisfahrsport geradezu idealen Gebiet mit der großen Schneebeständigkeit in Höhenlagen bis zu 1500 Meter ü. M. sich erholen und sportlich betätigen will, findet in der ansprechend gebildeten Druckschrift zuverlässige und schnelle Auskunft. Der badische Schwarzwald, von dessen zahlreichen Höhenkurorten sich allein 24 unter den 30 höchstengelegenen Kurorten Deutschlands befinden, weist eine besonders große Zahl günstiger Schneelaufgelände in der 1000-Meterzone auf, die mit konstanten Schneeverhältnissen und interessanten Geländeformationen, aber auch mit zahlreichen leistungsfähigen Gaststätten und Berg-hotels in jeder Preiskategorie ausgestattet sind. Der Winterprospekt ist bei den Reise- und Verkehrsbüros, sowie unmittelbar durch den Badischen Verkehrsverband, Karlsruhe, Karlstraße 10, zugleich mit einem Programm der Wintersportveranstaltungen und Skifurte über Weihnachten und Neujahr, kostenlos erhältlich.

Geologische Spezialkarte von Baden. Blatt Hitzingen (Nr. 146), mit Erläuterungen von Ludwig Erb. Mit einem prähistorischen Beitrag von G. Kraft und K. Sulzberger. Herausgegeben v. d. Bad. Geol. Landesanstalt in Verbindung mit der Schweizer. Geol. Kommission. (Verlag Herder & Co., Freiburg i. Br.). — Blatt Hitzingen umfaßt einen Teil des Hegaus und den östlichen Zipfel des Randens. Von den Hegaubergen liegen Hohentwiel, Hohentäfer und Hohentoffeln auf ihm. Damit ist schon gesagt, daß dieses Kartenblatt mit dem unheimlichen Namen einen der landschaftlich und geologisch interessantesten Teile der Erdoberfläche darstellt. Aber nicht nur die genannten Vulkanberge machen dieses Gebiet so reizvoll. Ein ebenso großes Interesse verdienen neben dem Schichtenaufbau und der Tektonik die Formen-erscheinungen der Eiszeit. Man erfährt da beispielsweise, daß die Hegauvulkanen — so, wie wir sie heute sehen, — keine ursprünglichen Oberflächenformen sind. Erst durch die Erosionskraft des Eises und seiner Schmelzwasser sind diese vulkanischen Schlotausfüllungen aus dem weichen Nebengestein herauspräpariert worden. Wie diese Umgestaltung der Landschaft während der Eiszeit vor sich gegangen ist, kann man an Hand der Erläuterungen schrittweise verfolgen. Und als etwas besonders Schönes kann man für Blatt Hitzingen die Tatsache buchen, daß diese geologische Altersgliederung in die Frühgeschichte der Menschheit hineinragt. Die Höhlenbewohner der Altsteinzeit, welche an der weltberühmten Fundstelle „Necklerloch“ angeheftet waren, haben auf ihren Jagdzügen den biluvialen Rheingletscher gesehen, als er noch das ganze Bodenseeboden ausfüllte. Erst bis dorthin hatte sich damals das Eis zurückgezogen und noch waren Mamut, wollhaariges Nashorn und Moschusochse die Großtiere dieser rauhen Landschaft. In einem besonderen Kapitel über die vorgeschichtliche Besiedlung werden die zahlreichen Funde aus den verschiedenen Kulturperioden von der genannten paläolithischen Siedlung bis hinein in die Karolingische Zeit behandelt. Es wird einem dabei klar, warum man auf dem an sich doch kleinen Kartenausschnitt Spuren von allen diesen Kulturperioden findet: die Fülle von Geländeformen hat für sämtliche verschiedenartigen Ansprüche der einzelnen vorgeschichtlichen Perioden Lebensmöglichkeit geboten. Daß die geologische Spezialaufnahme neben der rein wissenschaftlichen Seite eine beträchtliche praktische Bedeutung hat, geht aus dem bodenkundlich-technischen Teil des Erläuterungsbuches hervor. Die Quellen und Grundwasserläufe, die Bodenverhältnisse und die technisch nutzbaren Materialien erfahren darin eine streng sachliche Beschreibung.

Geologische Spezialkarte von Baden. Blatt Ettlingen Nr. 57 (Verlag Herder & Co. in Freiburg i. Br.). Karte von N. Brill, mit Beiträgen von Prof. Aug. Göttinger und Erläuterungsbuch von N. Brill, mit 4 Textabbildungen und 2 Bildtafeln. 5 Bl. — Die Karte umfaßt ein Gebiet in nächster Umgebung unserer Landeshauptstadt, die Rheinebene von Karlsruhe-Grünwinkel bis Durlach im Norden und bis nahe an Malsch im Süden, sowie den Gebirgssteil vom Turmberg über Ettlingen bis weit ins Albtal hinein. Das Blatt vermittelt also in Verbindung mit den auch für den Nichtfachmann leicht verständlichen Erläuterungen einen Einblick in den Werdegang unserer Landschaft. Profile und Skizzen erleichtern weiter das Verständnis für den Aufbau der Heimat. In ihrer Abhängigkeit von der geologischen Geschichte und ihrem Aufbau wird erst Form und Schönheit der umgebenden Natur für den Beschauer recht lebendig.

Der spezielle Teil der Erläuterungen behandelt den Aufbau der Rheinebene und ihres Untergrundes, die das Gebirge aufbauenden Schichten vom mittleren Buntsandstein bis zum Hauptmuschelkalk, und enthält ein ausführliches Kapitel über die Tektonik mit Lagerungsstufen. Die Grundwasserhältnisse besonders der Rheinebene dürften wieder ein weiteres Interesse finden, da von ihnen die Wasserversorgung der sich ständig vergrößernden Hauptstadt abhängt. Ein Abschnitt über die Bodenverhältnisse sowie die technische Verwertung der Gesteine beschließt das Heft.

Stiftung für das Heidelberger Kurpfälzische Museum. Das Heidelberger Kurpfälzische Museum hat eine wertvolle Stiftung erhalten. 23 Werke der Heidelberger Malerromantiker Ernst, Bernhard und Wilhelm Fries, die anlässlich der Heidelberger Romantiker-Ausstellung im Jahre 1927 in einem einjämigen Haus bei Schafbach in Oberbayern aufgefunden wurden, sind jetzt beim Tode der Besitzer dem Museum vermacht worden. Sie werden in einer Sonderausstellung des Museums gezeigt werden. Damit ist auch der Verlust, den das Museum beim Brand des Münchner Glaspalastes erlitten hat, wieder völlig ausgeglichen.